

Bildung 2020

Forderungen der bayerischen Industrie- und Handelskammern an die Landespolitik





Inhalt	Seite
Bayern – Bildung macht stark	3
Kinderkrippen und Kindergärten	4
Allgemeinbildende Schulen	5
Berufsschulen 2020	7
Weiterbildung 2020	9
Hochschulen 2020	10
Impressum	11

Bayern – Bildung macht stark

Bayern ist eines der wirtschaftlich stärksten Bundesländer. Um diese Stärke trotz einer alternden Bevölkerung und abnehmender Jahrgangskohorten bei Kindern und Jugendlichen zu bewahren und auszubauen, braucht Bayern ein exzellentes Bildungswesen. Es geht darum, alle Talente optimal zu entwickeln und die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen. Kein Jugendlicher darf verloren gehen oder aufgegeben werden. Die sich deutlich abzeichnende Lücke an Fachleuten auf dem Arbeitsmarkt lässt sich nicht mehr vermeiden, aber durch gezielt und strategisch getätigte Bildungsinvestitionen doch spürbar in ihren Auswirkungen begrenzen. Bayern ist mit seinem Bildungssystem auf einem guten Weg. Allerdings ist das Tempo, mit dem die Steigerung der Leistungsfähigkeit erfolgt, in anderen Bundesländern deutlich höher als in Bayern. So nimmt Bayern im Dynamikranking des Bildungsmonitors 2009 nur Platz 14 ein und konnte Platz 4 im Bestandsranking auch bei den Ergebnissen 2009 nicht verbessern.

Die Auswirkungen sind für die Wirtschaft spürbar. Die Betriebe stellen eine abnehmende Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger fest und sie beklagen wachsende Defizite beim Schulwissen und bei den sozialen und persönlichen Kompetenzen. Diese Entwicklung hat viele Ursachen. Unser Bildungssystem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig auf die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft eingestellt. Es leidet unter einer zu geringen Praxisorientierung und fehlender Innovationskraft, aber auch einer zu knappen finanziellen Ausstattung. Die bayerischen Investitionen in Schulbildung von Kindern und Jugendlichen liegen mit 4.400 € je Grundschüler um rund 500 € unter dem OECD-Schnitt. Der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt derzeit rund 4,8 %, während z. B. Spitzenreiter wie USA, Südkorea oder Dänemark über 7 % investieren. Der Bildungsgipfel hat zwar mit dem Ziel geendet, 10 % des BIP für Bildung und Forschung einzusetzen, doch die konkreten Finanzierungsvereinbarungen stehen noch aus.

Die Folge: Zu viele junge Leute bringen in Schule und Studium keine ausreichenden Leistungen, verlassen die Schule ohne Abschluss oder scheitern in weiterführenden Schulen bzw. im Studium.

Die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems muss zügig, nachhaltig und konsequent verbessert werden. Ohne den Motor „Bildung und Wissen“ bleiben wirtschaftliche Leistungskraft, Wachstum und Beschäftigung, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf der Strecke. Bayern setzt damit nicht nur einen entscheidenden Standortfaktor, sondern auch seinen internationalen wirtschaftlichen Spitzenrang aufs Spiel.

Die Landespolitik hat dem Thema Bildung mehr Gewicht eingeräumt. Die eingeleiteten Umstrukturierungen sind ein guter Anfang. Um zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir mehr als Qualitätsstandards, Ganztagschulen oder verkürzte Studiendauern. Wir benötigen auch regelmäßige Leistungsvergleiche über die Ländergrenzen hinaus. Es gibt in Bayern viele Initiativen und Projekte zur Verbesserung der Bildungsqualität. Was fehlt ist eine Evaluierung der Ergebnisse und die Überführung erprobter und erfolgreicher Ansätze in den Bildungsalltag in den Schulen und Universitäten. Bildung ist das zentrale Handlungsfeld, die Priorität der Landespolitik. Die bayerischen IHKs haben konkrete Gestaltungsvorschläge entwickelt und die eigenen Strategien entsprechend ausgerichtet. Die einzelnen Kapitel des vorliegenden Forderungspapiers beschreiben Maßnahmen, die höchste Qualität an Kindergärten, Schulen und Hochschulen fördern. Denn es gilt: „Wer aufhört besser zu werden hört auf gut zu sein.“ Die bayerischen Industrie- und Handelskammern wollen ihren Beitrag leisten, Veränderungsprozesse begleiten und gemeinsam mit der Politik die Zukunft des Freistaates sichern.

Die neun bayerischen IHKs bilden den Bayerischen Industrie- und Handelskammertag

- IHK Aschaffenburg
- IHK für Oberfranken Bayreuth
- IHK zu Coburg
- IHK für München und Oberbayern
- IHK Nürnberg für Mittelfranken
- IHK für Niederbayern in Passau
- IHK Regensburg für Oberpfalz / Kelheim
- IHK Schwaben
- IHK Würzburg-Schweinfurt



Kinderkrippen und Kindergärten

Situation

Nie lernen Kinder leichter und schneller als in den ersten Lebensjahren. Was hier versäumt wird, kann später kaum mehr nachgeholt werden. Der Volksmund bringt das auf den Punkt: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“. Kinderkrippen und Kindergärten sind deshalb wichtige Frühförderrichtungen. Sie ergänzen die Erziehung im Elternhaus, helfen wirksam beim Ausgleich von Benachteiligungen, vermitteln soziale Fähigkeiten, wecken Selbstvertrauen und Begabungen. Trotzdem haben 17 % der Jugendlichen in Deutschland während der Kindheit nur ein Jahr oder noch kürzer den Kindergarten besucht. Oftmals erschweren Organisationsmängel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Folgen

Weil Krippen- und Kindergartenplätze fehlen oder nicht bedarfsgerecht zur Verfügung stehen, bleiben in den ersten Lebensjahren wichtige Lernpotenziale ungenutzt. Kinder aus bildungsfernen oder sozial problematischen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund erfahren in dieser wichtigen Phase oft Benachteiligungen, die später kaum mehr auszugleichen sind.

Zielsetzung

Ein mehrjähriger Kindergartenbesuch schafft einen Wissenszuwachs von etwa einem Dreivierteljahr Schulunterricht. Ziel muss deshalb sein, in Bayern flächendeckend ein ausreichendes Angebot an Ganztags-Kinderkrippen und Kindergärten zu schaffen, die kindliche Anlagen und Leistungspotenziale wecken, Benachteiligungen ausgleichen und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Die täglichen Öffnungszeiten müssen bedarfsgerecht gestaltet sein und die Betreuungsangebote durchgängig zur Verfügung stehen. Verhältnismäßig geringe Investitionen in frühkindliche Bildung ersparen später hohe Kosten, die durch Schul- und Studienabbrüche, Nachqualifizierung und Sozialaufwendungen entstehen. Kindergärten brauchen Bildungspläne und frühpädagogische Lehr- und Lernkonzepte. Im Vorschuljahr muss der Kindergartenbesuch verpflichtend sein.

Die anspruchsvolle Arbeit der Erzieher erfordert eine qualifizierte pädagogische Ausbildung. Neben dem an Fachschulen ausgebildeten Personal muss jeder Kindergarten auch über wissenschaftlich qualifizierte Elementarlehrer verfügen. Lernen im Kindergarten muss systematischer erfolgen als heute. Die Lernpotenziale, die Kinder schon in den ersten Lebensjahren

haben, dürfen nicht länger verschenkt werden. Es geht vor allem darum, aus den Spielsituationen und der Erfahrungswelt der Kinder heraus Lernsituationen und Projekte zu gestalten. Dieser Ansatz hat in der Praxis derzeit noch zwei Schwächen: Erstens besteht die Gefahr von Beliebigkeit, wenn für das Lernen allein die Beobachtungen und Erfahrungen der Kinder in ihrem direkten Lebensumfeld aufgegriffen werden. Zweitens wird zudem von den Erziehern eine Selektion vorgenommen, welche Themen es denn „wert“ sind, aufgegriffen zu werden. Der Kindergarten muss aber Schulreife sichern. Dafür brauchen Kinder auch Lernangebote, die ihren unmittelbaren Lebenshorizont erweitern.

Jedes Kind muss am Ende der Kindergartenzeit in der Lage sein, aktiv am Schulunterricht teilzunehmen. Dies gilt erst recht für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund.

Wichtig ist zudem bereits in dieser frühen Phase eine systematische Werteerziehung, die sich in der Schule fortsetzt.

Forderungen

- Schaffung eines ausreichenden Angebots an Kinderkrippen und Kindergärten
- Familienfreundliche Öffnungszeiten und ganzjährige Betreuungsangebote der vorschulischen Einrichtungen
- Einführung eines verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder
- Definition von Bildungsstandards, die über die reine Betreuung hinaus die Stärken der Kinder erkennen und früh individuell fördern
- Klare Schwerpunktsetzung zum Thema Werteerziehung
- Ausnutzung der ersten Lebensjahre für frühkindliche Sprachkompetenzentwicklung
- Nutzung der kindlichen Neugier und Entdeckungslust für die Erfahrung von naturwissenschaftlich-technischen Phänomenen
- Ausbau der Kindergärten zu Frühfördereinrichtungen und entsprechende Reform der Erzieherausbildung sowie Ergänzung mit wissenschaftlich qualifiziertem Personal
- Enge Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, um einen sanften und erfolgreichen Übergang zu gewährleisten
- Einschulung entsprechend der individuellen Schulreife

Allgemeinbildende Schulen

Situation

In vielen Bereichen des allgemeinbildenden Schulwesens herrscht Mangel: Es gibt zu wenig Personal- und Sachausstattung, zu wenig Freiräume für die einzelnen Schulen, zu wenig konsequente Modernisierung des Schulsystems. Viele Modellversuche liefern neue Erkenntnisse, die dann aber nur sehr zögerlich umgesetzt werden. Auf der anderen Seite binden zu viele ungeeignete Kinder an weiterführenden Schulen Personal und Finanzen, die an anderer Stelle im Schulsystem dringend benötigt würden.

Die Folge: Über den Schulerfolg entscheidet weniger die Intelligenz eines Kindes als vielmehr seine soziale Herkunft. Wertvolle Potenziale gehen so verloren, Chancengleichheit kann nicht gewährleistet werden.

Das Schulwesen hat Mühe, mit dem Tempo Schritt zu halten, in dem sich Wirtschaft und Gesellschaft verändern. Schülerinnen und Schüler brauchen durch die Schule nicht mehr nur Lernbegleitung, sondern zunehmend Lebensbegleitung. Um den veränderten Erwartungen und Problemen gerecht werden zu

können, fehlen den einzelnen Schulen Entscheidungsspielräume. Ein hohes Maß an Reglementierungen behindert flexible und individuelle Lösungen vor Ort. Auch ist offensichtlich, dass die differenzierten Anforderungen nicht mehr alleine durch die Lehrkräfte zu bewältigen sind, sondern nur mehr im Team mit Fachwissenschaftlern und Fachpraktikern, Sozialpädagogen und Erziehern. Dazu gehören neue Formen des Lernens mit Ganztagsangeboten, differenzierten Lerngruppen und Praxisprojekten.

Folgen

Die Grundschule soll Benachteiligungen ausgleichen, Begabungen fördern und die Entscheidung für die passende Schullaufbahn vorbereiten. Diesem Anspruch kann sie nur unzureichend gerecht werden. Wenn der Elternwille mehr zählt als der Sachverstand der Lehrkräfte, sind überzogener Übertrittsdruck und falsche Schullaufbahnentscheidungen unausweichlich.

Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule war ein guter und notwendiger Schritt. Die Mittelschule hat ein klares Profil (Berufsorientierung, individuelle Förderung, Ganztagsangebot, mittlerer Schulabschluss). Für die Wirtschaft ist die Mittelschule unverzichtbar: 38 % aller Schüler in der 8. Klasse sind Hauptschüler und ebenso etwa die Hälfte der Auszubildenden. Die Mittelschüler haben – auch wegen der rückläufigen Schulabgängerzahlen – beste Berufsaussichten.

Bleibt die Hoffnung, dass mit der neuen Mittelschule auch die Ergebnisse besser werden: Pro Jahr verlassen in Bayern über 8.000 Jugendliche – vorwiegend Hauptschüler – die Schule ohne Abschluss. Etwa 20 % aller Schulabgänger gehören zur sogenannten „Risikogruppe“, die mit 15 Jahren nicht in der Lage sind, richtig zu lesen, zu schreiben und zu rechnen. Der Weg in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit ist damit vorgezeichnet: Neben hohen Kosten entsteht hier auch ein nicht zu unterschätzender sozialer Sprengstoff.

Hauptproblem in allen weiterführenden Schulen ist der hohe Anteil nicht geeigneter Schüler. Sie binden große Ressourcen, die für die Förderung der begabten Schüler nicht mehr zur Verfügung stehen.

In allen Schularten erschweren mangelnder Praxisbezug und eine unzureichende Berufsorientierung den Schülern eine fundierte Zukunftsplanung. Die hohe Zahl von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüchen ist zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen.

Die wenig attraktive Gestaltung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer ist eine der Ursachen für den Mangel an Interessenten für technische Berufe sowie natur- und ingenieurwissenschaftlich orientierte Studiengänge, bis hin zum Lehrkräftenachwuchs in den einschlägigen Fächern.

Zielsetzung

Schule und Elternhaus haben die Aufgabe, Kinder aufs Leben vorzubereiten, das heißt, sie mit Werten, Wissen und Können so auszustatten, dass ihnen ein aktives, eigenverantwortliches, wirtschaftlich selbstständiges Leben in der Gemeinschaft möglich ist. Dazu müssen die Schulen mehr als bisher die Kinder dort abholen, wo sie stehen. Nicht Auslese, sondern individuelle Förderung muss das zentrale Ziel werden – die Förderung von Benachteiligten genauso wie die Förderung von Hochbegabten. Dazu gehört die bewusster Wahrnehmung des Erziehungsauftrags, den die bayerische Verfassung den Schulen übertragen hat, und ein Verständnis von Bildung, das auch Ausbildung beinhaltet – das heißt die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben.

Nach wie vor hängt der Schulerfolg eines Kindes in hohem Maße von seiner sozialen Herkunft, seinem Wohnort und seiner Nationalität ab. Ein Akademikerkind hat viermal mehr Chancen, zum

Abitur zu kommen, als ein Facharbeiter- oder Handwerkerkind. Das Schulsystem muss so weiterentwickelt werden, dass Lebenschancen von den Talenten der Kinder abhängen und nicht von ihrer Herkunft. Kleine Lerngruppen, individuelle Betreuung, Förderunterricht, Ganztagsklassen und Schulsozialarbeit sind zentrale Voraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wichtiges Erfolgselement ist hier die Ausgestaltung der Übergänge – vom Kindergarten in die Schule, von einer Schulart zur anderen, von der Schule in den Beruf bzw. ins Studium. Fast die Hälfte der Gymnasiasten kommen nicht zum Abitur, rund 30 % der Studierenden nicht zu einem Studienabschluss. In allen Schularten wissen erschreckend viele Schüler der Abgangsklassen nicht, wie sie sich in Bezug auf Beruf oder Studium entscheiden sollen. Eltern und Kinder müssen frühzeitig und konsequent darauf vorbereitet werden, nicht den höchstmöglichen, sondern den passendsten Schul- und Berufsabschluss anzustreben.

Forderungen

- Verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung des Schulsystems
- Konsequente Orientierung an Bildungsstandards und Einführung bundesweit vergleichbarer Schulabschlussprüfungen zumindest in den Kernfächern
- Stärkung des Praxis- und Lebensbezugs im Unterricht
- Intensivierung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundbildung und Stärkung der Fremdsprachenkompetenz
- Einführung einer qualifizierten Berufsorientierung / Studienorientierung und Berufsvorbereitung
- Systematischer Einsatz von weiterem Fachpersonal zur intensiveren und individuelleren Begleitung von Schülern
- Ausbau der Bildungsberatung und -information für Schüler und Eltern
- Verstärkte Einbeziehung der Eltern in die Erziehungs- und Bildungsverantwortung
- Stärkung der Eigenverantwortung der Schule bei gleichzeitiger Öffnung und Rechenschaftspflicht
- Auf- und Ausbau eines bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Ganztagesangebots an allen Schularten
- Schaffung reibungsloser Übergänge zwischen den Schularten (auf- und absteigend)
- Lehrkräfte mit einer Reform der Lehrerbildung fit machen für die veränderten und gestiegenen An- und Herausforderungen



Berufsschulen 2020

Situation

Etwa 60 % der Schulabsolventen durchlaufen eine Berufsausbildung im dualen System. Die Unternehmen bieten eine Ausbildung an, die unmittelbar am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert ist. Rund 340 Ausbildungsberufe mit differenzierten Anforderungsprofilen stehen für unterschiedlich qualifizierte Bewerber – vom Schulabbrecher ohne Abschluss bis zum Abiturienten – zur Wahl.

Anders als im weiterführenden schulischen oder akademischen Bereich ist der Zugang zu einem Ausbildungsberuf nicht mit einem Numerus clausus versehen. Er setzt aber Ausbildungsreife voraus, d. h. ein Mindestmaß an grundlegenden kognitiven, sozialen und persönlichen Kompetenzen. Allerdings verlassen rund 20 % der Schulabgänger die allgemeinbildenden Schulen ohne diese Voraussetzungen. Mangelnde Ausbildungsreife ist für die Mehrzahl der bayerischen Ausbildungsbetriebe nach wie vor das größte Hemmnis bei der Besetzung ihrer Ausbildungsplätze.

Folgen

Die Zahl der Ausbildungsstellen steigt, aber die demografische Entwicklung führt bis 2020 zu einem Rückgang der Schulabgänger um ca. 20 %, die Anforderungen in der Berufsausbildung steigen weiter an. Wird der Anteil der ausbildungsreifen Schulabgänger nicht deutlich erhöht, entsteht ein markanter Fachkräftemangel. Dadurch wird das Wirtschaftswachstum gebremst und das Gleichgewicht der sozialen Sicherungssysteme und somit die gesamte gesellschaftliche Balance gefährdet.

Für die Attraktivität eines Ausbildungsberufs ist es maßgeblich, dass die Berufsschule in erreichbarer Nähe zum Ausbildungsplatz liegt. Neue, zukunftssträchtige Berufe mit einer entsprechenden Zahl an zusätzlichen Ausbildungsplätzen werden sich nur etablieren können, wenn ein weiteres Auseinanderdriften der Standorte von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen vermieden wird.

Zielsetzung

Die Industrie- und Handelskammern arbeiten an einer Weiterentwicklung der betrieblichen Berufsausbildung, die die Ausbildung flexibler gestaltet und Betriebe und Auszubildende mit mehr Wahlmöglichkeiten ausstattet. Vorgesehen ist im ersten



Teil der Ausbildung die Vermittlung gemeinsamer Kernkompetenzen für eine Berufsgruppe, im zweiten Teil die Vermittlung spezialisierter, profilgebender Kompetenzen über wählbare Module. Dabei werden das Berufsprinzip und neutrale, bundeseinheitliche Prüfungen als Qualitätsmerkmale des dualen Systems beibehalten (siehe IHK-Modell „Dual mit Wahl“). Dieses Modell soll schon jetzt bestehende Gemeinsamkeiten innerhalb von Berufsgruppen verstärken und Ausbildung und Beschulung auch in Zeiten sinkender Berufsschülerzahlen standortnah realisierbar machen. Begleitend dazu sollte über alle Berufe hinweg das Fremdsprachenangebot gestärkt werden. Mit Blick auf die Internationalisierung gilt dies vor allem für Englisch. Für die Berufsschulen streben die IHKs eine Reihe von Verbesserungen an: Die einzelnen Berufsschulen erhalten durch die Übertragung von mehr Autonomie zusätzliche Flexibilität als Partner im dualen System. Der Schülerrückgang der nächsten Jahre wird nicht zum Personalabbau, sondern zur Qualitätsverbesserung an den Berufsschulen einbezogen.

Das Internet wird intensiv genutzt – es bietet den Berufsschulen neue Gestaltungsmöglichkeiten selbstgesteuerten und standortunabhängigen Lernens, insbesondere bei profilgebenden Kompetenzen und spezialisierten Modulen.

Den dualen Partnern Schule und Betrieb wurden vom Berufsbildungsgesetz paritätisch besetzte Prüfungsausschüsse auferlegt; die verstärkte Mitwirkung der Berufsschullehrer in diesen Prüfungsausschüssen sichert die Qualität der Prüfungen. Die Mitwirkung der Lehrer entspricht der Logik des dualen Systems und intensiviert zugleich die Kooperation zwischen betrieblichen Ausbildern und Berufsschullehrern.

Forderungen

- Mehr Eigenständigkeit und Verantwortung der Berufsschulen bei Führung, Lehrerauswahl und Unterrichtsorganisation, eigenes Budget
- Einsatz von mehr Lehrern, Abbau des Unterrichtsausfalls, leistungsadäquate Bezahlung auch im Referendariat
- Mehr differenzierte Förderung schwacher Schüler, koordiniert mit ausbildungsbegleitenden Hilfen der Arbeitsagenturen
- Inhaltliche und zeitliche Flexibilisierung des Unterrichtsangebots in Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben
- Orientierung der Schulstandorte an der regionalen betrieblichen Ausbildungsstruktur
- Mehr gemeinsame Beschulung von Auszubildenden verwandter Berufe, insbesondere in allgemeinbildenden Fächern und gemeinsamen fachlichen Kernkompetenzen
- Bildung schulischer Kompetenzzentren nur für Kursangebote im Bereich der profilgebenden Kompetenzen
- Aufbau eines internetgestützten Lernangebots, wobei sich die Präsenzphasen an der Berufsschule auf Anwendung und Wiederholung beschränken
- Gleichbehandlung staatlicher und kommunaler Berufsschulen bei Standortentscheidungen für Fachklassen, Sprengelzwang nur soweit Kompetenzzentren nicht vorhanden sind.
- Aktive Unterstützung durch das Kultusministerium zugunsten einer verstärkten Anrechnung und damit Anerkennung der Mitwirkung von Berufsschullehrern in den IHK-Prüfungsausschüssen



Weiterbildung 2020

Situation

Die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland verharrt auf dem niedrigen Niveau von 2003. Die Teilnahmequote an Weiterbildung mit 44 % liegt dabei deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Besonders dramatisch ist, dass lediglich 30 % der Personen mit einem niedrigen Schulabschluss und geringer beruflicher Qualifikation an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen¹. Mit Blick auf die Altersstruktur der Bevölkerung ist es auch alarmierend, dass die Altersgruppe der über 50-jährigen nur zu einem geringen Anteil Weiterbildungsmaßnahmen wahrnimmt.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland verändert sich unaufhaltsam. Immer weniger Junge wachsen nach und die Erwerbstätigen scheiden erheblich früher als im internationalen Vergleich aus dem Erwerbsleben aus. Gleichzeitig leistet sich Bayern eine große Gruppe unqualifizierter Arbeitskräfte, die im Fall der Arbeitslosigkeit kaum Vermittlungschancen am Arbeitsmarkt haben.

Folgen

Zwischen 2010 und 2035 geht in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen um acht Millionen zurück. Die Konsequenz ist ein deutlicher Fachkräftemangel und damit eine Hemmung von Wachstumsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit. Zwar profitiert Bayern gegenüber der Mehrheit der deutschen Bundesländer zunächst von Zuwanderungen aus dem In- und Ausland, gleichwohl übersteigt die Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern das Angebot deutlich.

Zielsetzung

Für den nachträglichen Erwerb von Qualifikationen müssen deutliche Anreize geschaffen werden. Eigenverantwortliche Weiterbildung muss für alle Beschäftigtengruppen so erstrebenswert werden, dass die Investition von Freizeit und eigenen finanziellen Mitteln wieder selbstverständlich wird. Die Förderung von Weiterbildung muss direkt dem Nutzer der Bildungsangebote zugute kommen. Stichworte wie Bildungssparen und Bildungsscheck weisen in die richtige Richtung, ein deutlich spürbarer steuerlicher Bildungsbonus wäre wertvoll. Eine nachhaltige, professionelle Marketingkampagne ist in diesem Zusammenhang unerlässlich.

¹ TNS Infratest Sozialforschung, Adult Education Survey 2007

Das duale Bildungssystem und die Hochschulausbildung sind gleichwertig. Auf unterschiedlichen Wegen sind Vorbereitung und Einstieg in berufliche Tätigkeiten und in die Arbeitswelt möglich. Innerhalb dieser Systeme gibt es für die jeweils leistungsstärksten Absolventen weiterführende oder zusätzliche Qualifikationen. Auf dieser Basis muss auch im europäischen Gestaltungsraum eine angemessene Eingruppierung der speziellen deutschen Qualifikationsstufen eingefordert werden. Um die Gleichwertigkeit und das hohe Niveau der beruflichen Bildung auch international zu dokumentieren, müssen die Abschlüsse der beruflichen Weiterbildung mit der Bezeichnung „Bachelor Professional“ versehen werden.

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und Hochschulbildung muss konsequent durchgesetzt werden. Mit der Hochschulrechtsänderung ist Bayern jetzt vorangegangen. Nun müssen Strukturen geschaffen werden, die beruflich Qualifizierten zielgerichtete Weiterbildung und praxisorientierte Hochschulstudiengänge neben ihrer beruflichen Tätigkeit ermöglichen. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung erbrachte Leistungen müssen auf Hochschulstudiengänge vollständig angerechnet werden, um einen barrierefreien Wechsel zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen zu ermöglichen. Außerdem ist eine bundesweit einheitliche Hochschulzugangsregelung nach bayerischem Vorbild anzustreben.

Mit Blick auf die enorme Wichtigkeit des Themas „Lebenslanges Lernen“ bieten die bayerischen IHKs seit langem für ihre Mitgliedsunternehmen und deren Fach- und Führungskräfte eine neutrale Weiterbildungsberatung. Der Beratungsbedarf betrifft längst alle Bevölkerungsgruppen. Daher muss die Weiterbildungsberatung und gegebenenfalls die Weiterbildungsförderung gerade für derzeit bildungs- und erwerbsferne Menschen ausgebaut werden.

Hochschulen 2020

Situation

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Hochschulabsolventen langsam, aber kontinuierlich gestiegen. Diese Entwicklung gilt es zu verstetigen. Mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses haben die Hochschulen wie Universitäten aktuell auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Ob sich hierdurch eine Steigerung der Zahl und Qualität der Hochschulabsolventen erreichen lässt, ist bisher noch offen.

Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen stagniert trotz steigender Studentenzahlen. Schwerpunkt der Mittelverwendung sind vielerorts Forschung und Eliteförderung. Für die Wirtschaftskraft Bayerns werden nicht nur Exzellenzcluster, sondern auch das breite Mittelfeld der Studierenden dringend

Forderungen

- Schaffung von Anreizen für eigenverantwortliche Weiterbildung (Bildungssparen, Bildungsprämie, steuerliche Entlastung)
- Ausbau von Förderprogrammen für den nachträglichen Erwerb von Qualifikationen (z. B. das Wegebauprogramm der Arbeitsagenturen)
- Feststellung der grundsätzlichen Gleichwertigkeit von dualem Bildungssystem und Hochschulausbildung
- Konsequenter Abbau aller Bildungsbarrieren, die die Durchlässigkeit des Bildungssystems behindern, bundeseinheitliche Regelung in Bezug auf die Anrechnung von beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Studium
- Ausbau von Verbundstudiengängen und berufsbegleitenden Bildungsmaßnahmen im Hochschulbereich
- Angemessene Eingruppierung der speziellen deutschen Qualifikationsstufen im europäischen Gestaltungsraum

gebraucht. Seit 2007 werden an den bayerischen Hochschulen Studiengebühren verlangt. Studierende und Wirtschaft erwarten mit Recht, dass die Verwendung dieser Mittel zu spürbaren Verbesserungen in der Hochschulorganisation führt.

Durch das bisher vergleichsweise hohe Niveau des bayerischen Abiturs sind unsere Abiturienten beim Zugang zu den Numerus-Clausus-Studienfächern benachteiligt. Mit der Umstellung auf das achtjährige Gymnasium und dadurch bedingte doppelte Abiturjahrgänge wurde das noch verstärkt.

Folgen

Nachdem derzeit mehrere Bundesländer auf das achtjährige Gymnasium umstellen, ist in den kommenden Jahren mit einer erheblich höheren Nachfrage nach Studienplätzen zu rechnen. Werden die Hochschulkapazitäten nicht sehr rasch massiv ausgebaut, droht den bayerischen Abiturienten ein erschwerter Hochschulzugang und der bayerischen Wirtschaft eine empfindliche Qualifikationslücke. Knappe Finanzmittel und die aktuelle Konzentration auf die Eliteförderung bergen zudem die Gefahr, dass für die Mehrheit der Studierenden nicht genug Mittel zur Verfügung stehen. Hohe Zulassungsbeschränkungen zu Masterstudiengängen gefährden die Weiterqualifizierung.

Zielsetzung

Das Qualifikationsniveau in Bayern kann für die Zukunft nur dann nachhaltig erhöht werden, wenn neben einer Steigerung der Studentenzahl auch die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen ausgebaut und abgesichert wird. Für die Hochschulen gilt es, den Bereich der nebenberuflichen Qualifizierung zu verstärken. Dazu müssen die föderalistischen Strukturen durch bundesweit einheitliche Regelungen ersetzt werden. Neben der Elite muss auch das breite Potenzial an bayerischen Hochschulen optimal gefördert werden. Neue Möglichkeiten sind durch Kombinationsmodelle beruflicher Bildung und Hochschule auszubauen und verstärkt berufs begleitende Studienangebote zu schaffen. Erbrachte Bildungsleistungen müssen im beruflichen wie im Hochschulkontext anerkannt werden – im ersten Schritt auf nationaler und in der Folge auf europäischer Ebene. Um eine Transparenz von Bildungsleistungen zu erreichen, müssen die mit dem Bologna-Prozess und der Diskussion um den europäischen und nationalen Qualifikationsrahmen verbundenen Reformbemühungen weiter gehen. Die Herausforderung besteht darin, Kompetenzen zu definieren, einheitliche Regelungen festzusetzen und in den nationalen Bildungssystemen konsequent und qualitativ hochwertig umzusetzen.

Hochschulen müssen unternehmerischer werden und neue Mittel für den Hochschulhaushalt verstärkt über Eigeninitiative und leistungsbezogene Mittelverteilung generieren. Mehr Autonomie an den Hochschulen ist eine Grundvoraussetzung für Wettbewerb und exzellente Leistung. Die neuen Berechtigungen für den Hochschulzugang von Absolventen des beruflichen Bildungsweges dürfen nicht durch praxisfremde Auswahlverfahren der Hochschulen konterkariert werden. Gegebenfalls müssen propädeutische Brückenangebote geschaffen oder starres Festhalten an Vollzeitstudiengängen der Hochschulen konterkariert werden.

Forderungen

- Erhöhung des Anteils von Hochschulabsolventen pro Jahrgang langfristig auf über 25 %
- Bereitstellung ausreichender Finanzmittel an den bayerischen Hochschulen, um die Ausbildungsqualität für alle Studierenden zu sichern
- Schaffung von mehr Freiräumen zur Erhöhung der Autonomie der Hochschulen
- Förderung von berufsbegleitenden Studienangeboten insbesondere für Studierende, die aus der beruflichen Bildung kommen
- Schaffung einheitlicher Regelungen für die Anrechnung von beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Studium
- Entwicklung eines Konzeptes für die Einbeziehung der Kompetenzebenen in Anrechnungsverfahren

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e. V.
 Balanstraße 55-59
 81541 München
 Telefon: 089 5116-0
 E-Mail: ihkmail@muenchen.ihk.de
 Internet: www.muenchen.ihk.de

Verantwortlich: Dr. Josef Amann,
 Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e. V.

Gestaltung: Word Wide KG, München

Fotos: S.1: micromonkey, Andres Rodriguez, Marco2811, djama, yuryimaging©Fotolia; S.4: michaeljung©Fotolia; S.7: Robert Kneschke©Fotolia; S.8: goodluz©Fotolia; S.9: lightpoet©Fotolia

Druck: K. Fell GmbH, Am Kirchenhölzl 12, 82166 Gräfelfing

September 2012, überarbeitete Auflage



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Balanstraße 55-59 | 81541 München | Tel. 089 5116-0
E-Mail: ihkmail@muenchen.ihk.de | Internet: www.muenchen.ihk.de